

# Bodenoffensive trifft die Hamas hart

Israels Armee kündigt an, die umfangreichen Angriffe in Gaza fortzusetzen. Ziel ist, dort zwischen Nord und Süd eine Pufferzone zu schaffen. Gegen die militärischen Vorstöße gehen Zehntausende in Jerusalem auf die Straßen.

**GAZA/TEL AVIV** (afp/dpa) Mit einer erneuten Bodenoffensive im Gazastreifen erhöht Israel den Druck auf die islamistische Hamas. Die „umfangreichen Angriffe“ gegen Hamas-Mitglieder und Infrastruktur der Terrororganisation würden im gesamten Küstengebiet fortgesetzt, ließ die Armee am Mittwoch verlauten. In Jerusalem protestierten Tausende bis in die Nacht hinein gegen das Wiederaufflammen des Kriegs. Der erneute israelische Militäreinsatz sollte am Donnerstag auch Thema beim EU-Gipfel in Brüssel sein.

Die radikalislamische Hamas feuerte am Donnerstag Raketen auf Israel ab. Die Angriffe seien die Antwort auf israelische „Massaker an Zivilisten“ im Gazastreifen, erklärten die Ezzedine-al-Kassam-Brigaden. Das Weiße Haus betonte derweil die „volle Unterstützung“ von US-Präsident Donald Trump für das israelische Vorgehen in dem Palästinensergebiete. Laut der israelischen Armee wurde eine aus dem Süden des Gazastreifen auf Israel abgefeuerte Rakete abgefangen. Zwei weitere Raketen landeten demnach in unbewohntem Gebiet. Zuvor war in Tel Aviv im Zentrum Israels Luftalarm zu hören.

Bei den israelischen Attacken im Gazastreifen gab es zuvor palästinensischen Angaben zufolge wieder viele Tote. Ein Luftangriff im Norden des abgeriegelten Küstengebiets habe am Mittwochabend mindestens 24 Menschen getötet, hieß es aus medizinischen Kreisen in Gaza. Die israelische Armee teilte auf Nachfrage mit, ein Flugzeug habe etwa zehn Hamas-Terroristen getroffen. Seit der Nacht zu Dienstag attackiert Israels Armee bereits mit massiven Luftangriffen Ziele der Hamas und der mit ihr verbündeten Islamisten vom Palästinensischen Islamischen Dschihad. Damit endete de facto die seit 19. Januar geltende Waffenruhe. Beide Seiten weisen sich gegenseitig die Schuld dafür zu: Israel wirft der Hamas vor, die Freilassung von Geiseln wiederholt verweigert zu haben. Die Palästinenserorganisation wiederum beschuldigt Israels Regierung, die Waffenruhe einseitig



Palestinenser fliehen nachdem Israel die Luftangriffe nach der Waffenruhe fortsetzt.

FOTO: IMAGO

aufgekündigt zu haben. Mit Wiederbeginn des Gaza-Kriegs nahm auch die Huthi-Miliz im Jemen ihre Angriffe auf Israel wieder auf. Erstmals seit mehr als zwei Monaten heulten im Großraum Tel Aviv und in Jerusalem in der Nacht zu Donnerstag wieder die Warnsirenen. Die israelische Armee teilte, eine aus dem Jemen abgefeuerte Rakete sei abgefangen worden, bevor sie in israelisches Gebiet eingedrungen sei.

Israels Verteidigungsminister Israel Katz forderte die Freilassung der verbliebenen Geiseln und die Vertreibung der Hamas aus dem Gazastreifen. „Die Alternative ist die völlige Verwüstung.“ Nach israelischen Informationen werden im Gazastreifen noch 24 lebende Geiseln festgehalten, hinzu kommen die Leichen von 35 Verschleppten.

Mit ihren jüngsten „gezielten Bodenangriffen“ will die israelische Armee nach eigenen Angaben eine begrenzte Pufferzone zwischen dem Norden und dem Süden des Gaza-

## INFO

### Hamas feuert drei Raketen auf Israel ab

**Angriff** Die islamistische Hamas hat erstmals seit Beginn einer Waffenruhe wieder Raketen auf Israel abgefeuert.

**Raketen** Nach Angaben der israelischen Armee wurde von drei Geschossen eines abgefangen, die beiden anderen gingen auf offenem Gelände nieder.

streifen schaffen. Im Rahmen der Offensive hätten die Truppen auch ihre Kontrolle im „Netzarim-Korridor“ ausgeweitet, der den Küstenstreifen in eine nördliche und eine südliche Hälfte teilt. Israelische Soldaten seien bis zur Mitte der strategisch bedeutsamen Zone vorgerückt. Die Hamas sprach von einem „schweren Verstoß gegen das Waffenruhe-Abkommen“. Im Februar hatte Israels Armee sich als Teil der Vereinbarung aus dem Korridor zurückgezogen – mit Ausnahme eines ein Kilometer breiten Gebiets unmittelbar an der Grenze zu Israel.

Die USA, Katar und Ägypten hatten eine Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas ausgehandelt, die seit Januar und zunächst für sechs Wochen galt. Bisher konnten sich die beiden Seiten nicht auf die Be-

dingungen für eine Verlängerung einigen. Israel hatte mit einer Wiederaufnahme des Krieges gedroht, sollte die Hamas keine weiteren Geiseln freilassen.

Kritik an der israelischen Offensive im Gazastreifen kam unter anderem aus Frankreich. Nach einem Telefonat mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman schrieb der französische Präsident Emmanuel Macron auf X: „Was den Nahen Osten angeht, so verurteilen wir die Wiederaufnahme der israelischen Angriffe auf den Gazastreifen. Eine Rückkehr zum Waffenstillstand ist für die Freilassung aller Geiseln und den Schutz der Zivilbevölkerung unerlässlich.“ Frankreich werde gemeinsam mit Saudi-Arabien eine Konferenz zu einer Zwei-Staaten-Lösung leiten, schrieb Macron weiter.

## Scholz' Abschied ohne Glanz und Gloria

Beim EU-Gipfel wurde über die Verteidigung beraten.

VON KATRIN PRIBYL

**BRÜSSEL** Als Angela Merkel vor dreieinhalb Jahren zu ihrem finalen Spitzentreffen in Europas Hauptstadt aufgeschlagen war, wurde sie von ihren 26 Amtskollegen mit einem Video, Ovationen und einer Geschenkskulptur verabschiedet. Bei Scholz war dagegen „nichts geplant“, war am Donnerstag in Brüssel zunächst zu hören. Kein Glanz. Kein Gloria. Eine Liebesgeschichte wurde es bis zuletzt nicht zwischen Scholz und Brüssel.

Seit der Abkehr des US-Präsidenten Donald Trump von der bestehenden Weltordnung scheint es zur Gewohnheit zu werden, dass sich Europas Staats- und Regierungschefs in immer kürzeren Abständen versammeln und nach Antworten suchen, wie sie ohne die schützende Hand der Vereinigten Staaten ihre eigene Sicherheit und Verteidigung wie auch die Unterstützung der Ukraine garantieren könnten. Während zumindest rhetorisch Konsens darüber herrscht, dass die EU aufrüsten muss, gibt es Streit darüber, wer das alles wie bezahlen soll.

Es handele sich um einen „merkwürdigen Gipfel“, meinte ein Diplomat, was auch an Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán lag, der weiterhin jede Bereitstellung von Waffen und Munition für die Ukraine ablehnt. Die Geduld in der Union mit dem Dauerstörenfried ist aufgebraucht, und so hegt auch kaum noch jemand die Hoffnung, Buda-

pest überzeugen zu können. Statt dessen erlebte die Gemeinschaft in Sachen Abschlusserklärung ein Déjà-vu: Wie bereits vor zwei Wochen beim Dringlichkeitsgipfel wurde sie beim Punkt Ukraine nur von 26 Unterzeichnern getragen – wieder ohne Ungarn.

Während die Staatenlenker laut Entwurf die Telefondiplomatie zwischen Trump und dem russischen Machthaber Wladimir Putin begrüßten, betonten sie auch, dass ein Friedensabkommen die Grenzen der Ukraine achten und dem Land Sicherheitsgarantien bieten müsse, damit Moskau nicht wieder angreift.

Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas rief dazu auf, fünf Milliarden Euro für Munitionslieferungen an die ukrainischen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen. Während sich nord- und osteuropäische sowie die baltischen Staaten, die Russland und die Ukraine in der direkten Nachbarschaft haben, dazu bereit erklären, mehr Geld in Europas Verteidigung zu investieren, sind jene geografisch von der Front weiter weg liegenden Länder wie Italien, Spanien oder Portugal zurückhaltender. Die Behörde will ein neues 150 Milliarden Euro schweres Finanzinstrument schaffen, das EU-Darlehen an die Hauptstädte weiterleiten würde. Doch Frankreich und Co. lehnen neue nationale Schulden für die Verteidigung ab und wünschen sich vielmehr gemeinsame Schulden oder Zuschüsse, die sie nicht zurückzahlen müssen.

## Europas leise Kritik an Erdogan

Nur zaghaft kommentieren die EU-Mitgliedsstaaten die Inhaftierung von Istanbul's Bürgermeister Ekrem Imamoglu. Grund dafür dürfte die wichtige sicherheitspolitische Rolle der Türkei sein.

VON SUSANNE GÜSTEN

**ISTANBUL** Wenn Regierungsgegner in der Türkei gehofft haben sollten, dass die Festnahme des Istanbul's Oberbürgermeisters und Erdogan-Rivalen Ekrem Imamoglu scharfe Kritik der EU auslösen würde, haben sie sich getäuscht. Aus Brüssel kam lediglich die Forderung, die Türkei solle sich an rechtsstaatliche Regeln halten. Deutschland verurteilte die Festnahme des Oppositionspolitikers als „schweren Rückschlag für die Demokratie“ in der Türkei, verzichtete aber auf konkrete Schritte wie eine Einberufung des türkischen Botschafters. Die Annäherung zwischen der Türkei und Europa, die mit der Debatte über eine Teilnahme der Türkei an einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur Fahrt aufgenommen hatte, wird durch Imamoglus Festnahme höchstens gebremst, aber nicht gestoppt.

Nur wenige Tage, bevor Imamoglu am Mittwoch von der Polizei aus seinem Haus geholt und zum Verhör gebracht wurde, hatte der polnische Ministerpräsident und derzeitige Inhaber des EU-Ratsvorsitzes, Donald Tusk, in Ankara mit Präsident Recep Tayyip Erdogan gesprochen. Die EU hatte ihr Interesse an engen Beziehungen im vorigen Jahr neu entdeckt und bemüht sich wegen des Zerwürfnisses mit US-Präsident Donald Trump in jüngster Zeit verstärkt um einen guten Draht zur sicherheitspolitisch wichtigen und militärisch starken Türkei.

Erdogan bekundete sein Interesse, die Türkei an neuen europäischen Sicherheitsstrukturen zu beteiligen, und schickte seinen Generalstabschef Metin Gürak nach Paris, wo er mit seinen Kollegen aus Frankreich und Großbritannien über die künftige Unterstützung für die Ukraine sprach. Ankara ist grundsätzlich zur Beteiligung an einer europäischen Friedensstruppe in der Ukraine bereit.

Bessere Beziehungen zwischen Europa und der Türkei sind möglich, weil die EU bereit ist, die Erosion demokratischer Standards unter Erdogan Regierung zu ignorieren. Der türkische Präsident bekräftigt zwar regelmäßig, Ziel seines Landes bleibe die EU-Mitgliedschaft. Doch Erdogan weiß so gut wie die Politiker und Bürokraten in Brüssel, dass daraus aus zwei Gründen

nichts werden dürfte: Erstens ist die Türkei meilenweit von der Erfüllung demokratischer und rechtsstaatlicher Kriterien entfernt, und zweitens wollen viele EU-Staaten die Türkei ohnehin nicht aufnehmen. Ein Dialog, bei dem Streitfragen wie der Druck auf Opposition, Medien und Meinungsfreiheit in der Türkei ausgeklammert werden, ist beiden Seiten recht.

Die verhaltenen Reaktionen des Westens nach der Festnahme von Erdogans wichtigstem innenpolitischen Konkurrenten sind nach Ansicht von Beobachtern ein Beleg dafür. „Die EU steht vor der Herausforderung, ihre Menschenrechtsagenda mit geopolitischen Realitäten zu vereinen“, sagt Hüseyin Cicek, Türkei-Experte an der Universität Wien und der Sigmund-Freud-Universität in der österreichi-

## Baerbock eröffnet Botschaft in Syrien nach 13 Jahren

**DAMASKUS** (dpa) Gut drei Monate nach dem Sturz des syrischen Langzeitherrschers Baschar al-Assad hat Deutschland wieder eine Botschaft in Syrien. Außenministerin Annalena Baerbock eröffnete die 2012 nach Beginn des Bürgerkriegs geschlossene Vertretung bei ihrem Besuch in der Hauptstadt Damaskus. Eine niedrige einstellige Zahl deutscher Diplomaten soll nun vor Ort Stabilisierung und Wiederaufbau des schwer zerstörten Landes unterstützen. „Ein politischer Neuanfang zwischen Europa und Syrien ist möglich“, sagte die scheidende Ministerin. „Dies ist aber auch mit klaren Erwartungen verbunden, dass Freiheit, Sicherheit und Chancen in Syrien für alle Menschen gelten – für Frauen und Männer, für Angehörige aller Ethnien und Religionen.“

## MELDUNGEN

### Medwedew vergleicht Merz mit Goebbels

**MOSKAU** (dpa) Der wahrscheinlich nächste Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat mit seiner Äußerung zu einem von Kremlchef Wladimir Putin geführten „Angriffskrieg gegen Europa“ scharfen Widerspruch in Moskau hervorgerufen. Merz sei noch nicht im Amt „und lügt schon wie Goebbels“, sagte der frühere Kremlchef Dmitri Medwedew mit Blick auf den Propagandaminister Joseph Goebbels in der Nazidiktatur unter Adolf Hitler.

### Neuwahlen in Kanada für Ende April geplant

**OTTAWA** (afp) Der neue kanadische Premierminister Mark Carney will nach Angaben aus Regierungskreisen für den 28. April Neuwahlen ausrufen. Das sagte ein Regierungsvertreter am Donnerstag der Nachrichtenagentur AFP. Verkündet werde er seine Entscheidung voraussichtlich am Sonntag. Carney hatte vor einer Woche die Nachfolge des bisherigen Premierministers Justin Trudeau angetreten.



Tausende protestierten in der Türkei gegen Imamoglus Inhaftierung. FOTO: DPA